

Burnout, Boreout, Brownout: unsichtbare Wunden

Seite 4

Inhalt

Öffnungszeiten

Seite 3

Prekäre Beschäftigung

Seiten 4-6

Burnout, Boreout, Brownout:
unsichtbare Wunden

Seite 7

Ariane Estenne: „Eine aufregende
Zeit für soziale Bewegungen“

Seiten 8-9

Sozialrecht, Steuerwesen: was
sich ab dem 1. Januar ändert

Seiten 10-11

Brasilien: die Gewerkschaften
organisieren sich

Seiten 12-13

COP24: wenig Einsatz gegen die
hohen Risiken

Seiten 14-15

CNE Info: Soziales Sicherheitsnetz
in Gefahr

Seite 16

Meldungen

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Vera Hilt Liliane Louges
Jochen Mettlen Birgit Schlüter
Maryline Weynand

Layout: Jessica Halmes

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

087 85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

SOZIALSPRECHSTUNDEN

Eupen

Montag: 9-12 Uhr
Donnerstag: 14-17 Uhr

Kelmis

Dienstag: 14-18 Uhr

St. Vith

Dienstag: 9-12 Uhr
Donnerstag: 14-18 Uhr

Malmedy

Dienstag: 14-18 Uhr

JURISTISCHER DIENST

Eupen

Montag: 14-18 Uhr
Donnerstag: 9-12 Uhr

St. Vith

Dienstag: 9-12 Uhr
Donnerstag: 14-18 Uhr

Malmedy

Dienstag: 14-18 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST

DEUTSCHLAND

Eupen

Mo: 14-18 Uhr Di: 14-17 Uhr

Kelmis

Di: 9-12 Uhr

LUXEMBURG

St. Vith

Di: 9-12 Uhr Do: 14-18 Uhr

Malmedy

Di: 14-18 Uhr



ARBEITSLOSENDIENST

Eupen

Montag: 9-12 & 14-18 Uhr*
Donnerstag: 9-12 & 14-16.30 Uhr

Kelmis

Dienstag: 9-12 & 14-18 Uhr*

St. Vith

Dienstag: 9-12 & 14-16.30 Uhr
Donnerstag: 14-18 Uhr*

Malmedy

Dienstag: 8.30-12 & 14-18 Uhr*
Donnerstag: 8.30-12 Uhr

** 16 bis 18 Uhr für Berufstätige*

HOTLINE ARBEITSLOSENDIENST

- » Montags bis freitags: 9-11 Uhr
- » Dienstags und donnerstags: 13-15 Uhr

087 85 99 98

Ein Fehler in Ihrer Postanschrift?

Teilen Sie uns diesen mit: 087 85 99 59 oder
pressedienst@acv-csc.be

Tarifverträge wichtiger denn je



Die prekären Beschäftigungsformen breiten sich immer weiter in Europa aus, sodass immer weniger Haushalte von ihren Arbeitseinkünften leben können. Was ist eigentlich prekäre Arbeit und was kann man dagegen tun? Auf diese Fragen ging der deutsche Sozialforscher und Uniprofessor Dr. Gerhard Bosch bei einem Themenabend ein, zu dem die CSC Ostbelgien und die KAP eingeladen hatten.

Herr Bosch, was ist eine prekäre Beschäftigung?

Es ist eine Beschäftigung, die deutlich schlechtere Arbeitsstandards hat als der Durchschnitt, schlechtere soziale Sicherung und sehr viel mehr Unsicherheit. D.h.: weniger Geld, ein höheres Arbeitslosenrisiko und schlechtere Sozialleistungen etwa im Alter oder beim Arbeitslosengeld.

Welche Faktoren fördern prekäre Arbeit?

In der Nachkriegszeit hatten wir fast überall in Kontinentaleuropa Vollzeitbeschäftigung mit unbefristetem Vertrag, mit Tarifbindung und mit ziemlich ähnlichen Rechten. Was ist in den letzten 30, 40 Jahren passiert? In vielen europäischen Ländern ist die Tarifbindung gesunken. Es wird nur der Mindestlohn bezahlt. Schlechte Bezahlung ist durchaus üblich, auch für Leute mit unbefristetem Vollzeitvertrag. Darüber hinaus sind neue Beschäftigungsformen entstanden, die nicht überall gleich gut geregelt sind. Die werden zum Teil schlechter bezahlt oder vorhandene Rechte werden nicht umgesetzt. Es hat eine Verlagerung von Tätigkeiten in Bereiche stattgefunden, wo es keinen Betriebsrat und keine Gewerkschaft gibt. Das sind viele kleine und mittlere Betriebe.

Wie kann man diesen Trend stoppen?

Die Länder sind sehr ungleich in Europa. Der Anteil von prekärer Arbeit ist in manchen Staaten sehr hoch. Vor allem dort, wo die Gewerkschaften sehr schwach sind und wo die Tarifbindung sehr gering ist. Der beste Schutz ist immer noch eine hohe Tarifbindung und eine starke Gewerkschaft. Die skandinavischen Länder und auch Belgien sind da an der Spitze. Sie haben den geringsten Anteil von Niedriglohnbeziehern.

Sie stellen Belgien ein relativ gutes Zeugnis aus. Weshalb?

Im Vergleich zu anderen Ländern. Das heißt ja nicht, dass es in Belgien nichts zu tun gibt. Ich vermute, dass es auch Bereiche gibt, wo die Tarife nicht eingehalten werden. Wenn ich sehe, was in anderen europäischen Ländern passiert, dann muss man natürlich auch das Erreichte immer wieder neu verteidigen. Der Ausgleich für Preissteigerungen oder die Tariferhöhungen sind alles keine Dinge, die selbstverständlich passieren. Auch wenn sich unsere Gesellschaft verändert, es kommen neue Arbeitsformen - wie die digitale Arbeit über Plattformen - auf uns zu. Da werden die Gewerkschaften, auch in Belgien, gefordert sein, auf ganz neue Phänomene zu reagieren und auch dafür zu sorgen, dass auch diese Beschäftigten gleich behandelt werden. Die Aufgabe hört niemals auf.

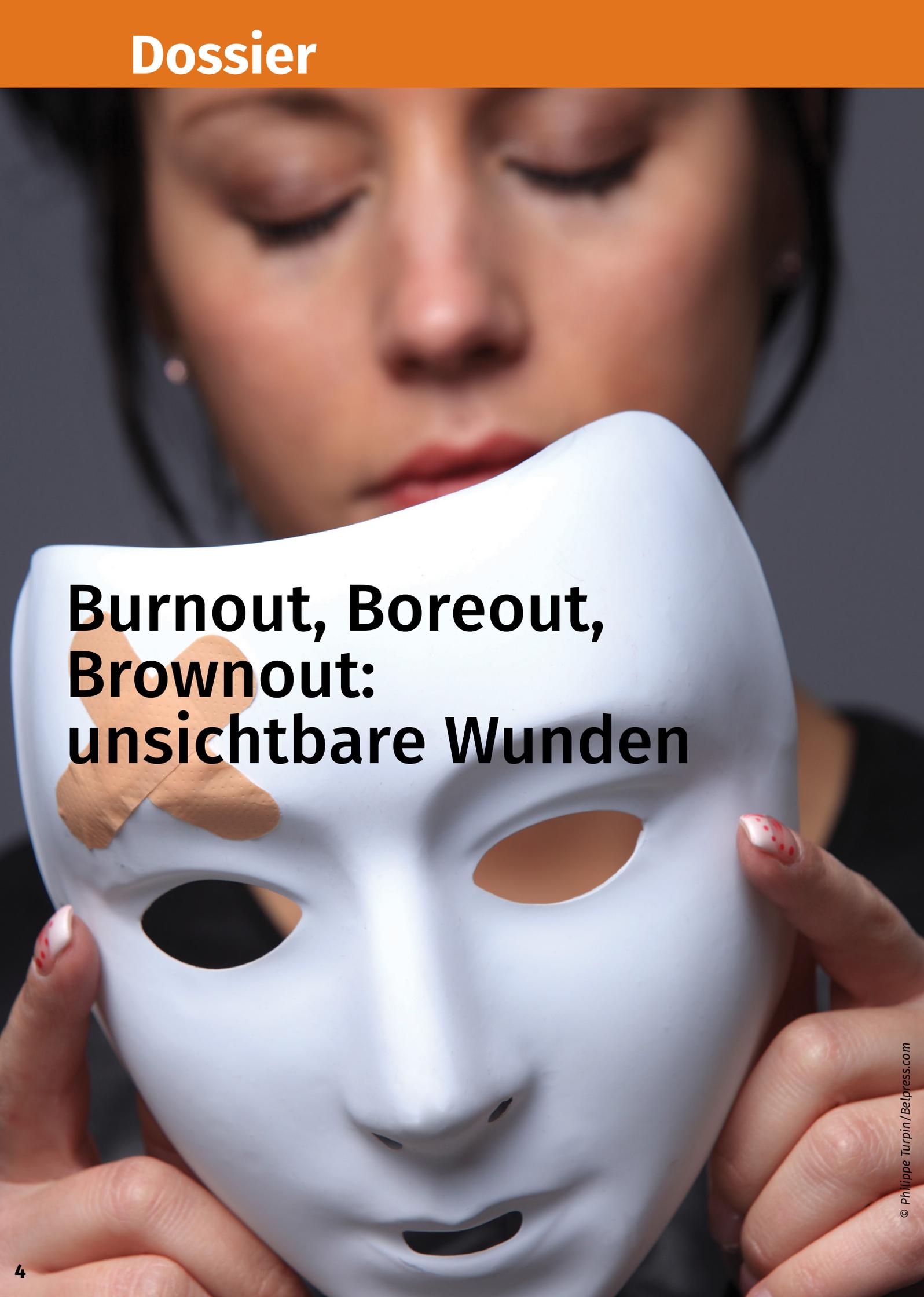
Weshalb arbeiten weniger Qualifizierte immer weniger und höher Qualifizierte immer mehr?

Das ist ein riesen Trend. Die Qualifikationsstruktur hat sich verändert. In fast allen westeuropäischen Ländern haben wir einen geringeren Anteil an einfachen Arbeitsplätzen. Zum Teil haben wir diese Arbeitsplätze in andere Teile der Welt verlagert und kaufen die Ergebnisse in Form von Importprodukten zurück. Wir sind natürlich Hochlohnländer und der hohe Lohn kann auch teilweise nur durch gute Qualifikation verdient werden. Wir haben ein Problem am unteren Rand des Bildungssystems. Dieses Problem betrifft alle europäischen Länder, auch die sonst ganz gut dastehen. Das hat zum Teil mit der Integration von Migranten zu tun, aber auch mit einem Teil der heimischen Bevölkerung, die keine gute schulische Leistung erbracht hat. Es besteht die Gefahr, dass wir da die künftigen Sozialhilfeempfänger der nächsten Jahrzehnte „produzieren“, was sehr teuer für uns ist. Kennedy sagte: Nur eine Sache ist teurer als Bildung, das ist keine Bildung. Das bewahrheitet sich im Moment ganz besonders.

Wenn Sie 2, 3 Dinge in Europa ändern könnten, was würden Sie tun?

Das ist eine schöne Vorstellung, wenn ich das könnte. (lacht) Wir müssen alles tun, um die Tarifbindung zu erhöhen. D.h., allgemein verbindliche Tarifverträge als Mindeststandard in Europa einführen. Es kann nicht sein, dass wir uns nur mit dem europäischen Mindestlohn zufrieden geben. Zweitens, wir müssen den Schutz der prekären Arbeit auf europäischer Ebene stärken. Da gibt es eine Reihe von Gerichtsurteilen, was die entsandten Arbeitnehmer angeht und einige Wettbewerbsregelungen bei Vergabestandards, die dazu führen, dass auch gut bezahlte Arbeit systematisch von Unternehmer unterlaufen werden kann. Das Dritte wäre die Bildungsfrage. Das halte ich für einen zentralen Punkt, dass wir insgesamt mehr tun für die unteren 20 % in der Bildungshierarchie. Der ganze Fokus in Europa liegt auf den Besserqualifizierten. Für Spitzenuniversitäten kann man leicht Geld mobilisieren, was ich auch verstehe, weil Innovation notwendig ist. Wir vergessen aber die andere Seite.

jm

A close-up photograph of a woman's face, looking down with her eyes closed. She is holding a white, blank expression mask in front of her face. The mask has two large eye cutouts and a small mouth slit. On the left side of the mask, there are three overlapping adhesive bandages (Band-Aids) on the forehead area. The woman's hands are visible at the bottom corners of the mask, with white nail polish and red polka dots. The background is a soft, out-of-focus grey.

Burnout, Boreout, Brownout: unsichtbare Wunden

Ausgebrannt sein. Wie das Feuer, auf das dieser Begriff verweist, hat sich das Burnout in allen Sektoren der Arbeitswelt verbreitet. Wo finden diese psychosoziale Krankheit und ihre Abwandlungen, das Boreout und das Brownout, ihren Ursprung? Wie kann man sich davor schützen und wie findet man wieder daraus heraus? Dieser Artikel ist der erste Teil unseres Dossiers, das wir in den nächsten Ausgaben fortsetzen werden.

Anfangs wurde das Burnout dem Pflege- und Sozialbereich zugeordnet (Sozialarbeiter, Krankenpfleger,...). Aber es zeigte sich schnell, dass dieser Zustand der beruflichen Erschöpfung (Beschreibung des Burnout) auch die letzten Kräfte der Kader, Angestellten und Arbeiter verbraucht. Kurz gesagt: alle Arten der Beschäftigung in sämtlichen Sektoren sind betroffen.

Arbeiter bleiben nicht verschont

Guy Denuit, Herausgeber und Autor einer Reihe von Büchern über das Wohlbefinden am Arbeitsplatz, beschreibt das Problem wie folgt: „Wenn er sich im Burnout befindet, ist ein Arbeitnehmer in einem vollständigen Erschöpfungszustand. Er ist unfähig zu arbeiten, da es ihm sowohl körperlich als auch geistig schlecht geht. Man findet dieses Krankheitsbild hauptsächlich in intellektuellen Berufen und im zwischenmenschlichen Bereich, aber auch Handwerker bleiben nicht verschont.“ Laut einer französischen Studie ⁽¹⁾ sind 13,2 % der Arbeiter vom Risiko der beruflichen Erschöpfung bedroht.

Während Burnout durch die Presse zu einem populären Begriff für die berufliche Erschöpfung von Kadern und Angestellten geworden ist, wird das Burnout der handwerklich tätigen Arbeiter weit weniger beachtet. Doch auch sie stehen unter Druck, besonders in den Subunternehmen. „Wenn sie weniger betroffen sind“, so erläutert Guy Denuit, „dann ist das darauf zurückzuführen, dass ihre Arbeit und ihre Verantwortung leichter zu bemessen sind. Man weiß, dass ein Maurer pro Stunde eine gewisse Anzahl von Ziegeln setzen kann, um seine Mauer zu errichten und dass es nicht möglich ist, dass Doppelte zu schaffen. Bei den handwerklichen Berufen ist der Ehrgeiz nach mehr Verantwortung im Unternehmen auch nicht so groß, so dass die Frustration am Arbeitsplatz nicht so hoch ist.“

Boreout: das Leid der Langeweile

Ein wichtiger Unterschied zwischen Burnout und Boreout/Brownout liegt darin, dass Burnout im Allgemeinen nicht vom Opfer ausgeht. Dieses Phänomen wird von außen herangetragen und entsteht vor allem durch Stress. Der Körper sagt „stopp“ und die Maschine blockiert, physisch und psychisch. Boreout und Brownout dagegen entstehen aus einem Gefühl: der Arbeitnehmer ist Opfer seiner Gefühle. Daher muss das Problem auf der Ebene seines Arbeitsin-

halts analysiert werden.

Langeweile am Arbeitsplatz, die zum Boreout führen kann, bleibt ein Tabuthema. Und wird es angesprochen, so gehen die Gespräche häufig in die Richtung: wem seine Arbeit nicht gefällt, sollte sich eine andere suchen. Noch schwieriger darüber zu reden fällt es denjenigen, die einen unsicheren Arbeitsplatz haben, denn wer sich hier beklagt, „sollte doch froh sein, einen Job zu haben.“

„Ein Arbeiter, der den ganzen Tag lang Löcher stanzt, kann ebenfalls unter Boreout leiden, denn je geschulter die Arbeiter sind, umso größer ist das Risiko der Langeweile“, fügt Guy Denuit hinzu. Das Gefühl der Langeweile ist persönlicher, das Problem äußert sich weniger drastisch als das Burnout. „Ein leitender Angestellter mit Burnout ist eine Katastrophe. Aber tausend Arbeiter, die sich am Arbeitsplatz langweilen und knurren, halten keinen Manager davon ab, nachts zu schlafen.“

Sowohl Boreout als auch Burnout werden aber zur Gefahrenquelle für Arbeitsunfälle. Im Rahmen der psychosozialen Risiken (Stress) werden immer mehr Arbeitsunfälle anerkannt. Aber aus den Urteilen der Arbeitsgerichte geht bisher keine klare Rechtsprechung hervor, sodass bestimmte Fälle als Arbeitsunfälle anerkannt werden, andere aber nicht.

⁽¹⁾ Studie des Kabinetts Technologia, Januar 2014.

Worum geht es?

Burnout: Zustand extremer psychischer Erschöpfung mit deutlichen physischen Auswirkungen.

Boreout: Berufliche Erschöpfung durch Langeweile, ausgelöst durch einen Mangel an Arbeit, Langeweile und fehlende berufliche Zufriedenheit.

Brownout: Dieser Begriff stammt aus der Elektronik und bezieht sich auf eine kurzzeitige Spannungsabsenkung, die zu einem Stromausfall führt. In der Arbeitswelt entspricht es Arbeitnehmern, die viel arbeiten und dabei überlastet und unzufrieden sind. Die Motivation sinkt und der Arbeitnehmer interessiert sich immer weniger für seine Arbeit.

Auf der Suche nach Anlaufstellen

Der Arbeitsdruck und ein extrem konkurrenzorientierter Kontext spielen eine wichtige Rolle bei der Explosion psychosozialer Krankheiten. Die Globalisierung und die Veränderungen im Management bilden erschwerende Faktoren. „Der Arbeitgeber ist oft nicht mehr der Eigentümer des Unternehmens. Angesichts einer psychosozialen Krankheit hat der Tagesverantwortliche nicht mehr die Mittel, sich darum zu kümmern und diese Art von Problemen zu lösen. Er ist mittlerweile weniger eine Anlaufstelle, um Probleme zu lösen, sondern eher einer, der das Tempo angibt, wie

es früher auf der Galeere der Fall war. Das Management glaubt, daran zu gewinnen, aber es schadet nur der Motivation der Arbeitnehmer“, stellt Guy Denuit fest.

Daher sind Gewerkschaftsdelegationen im Unternehmen wichtig. Der Delegierte ist eine Person, an die sich der leidende Arbeitnehmer wenden kann. „Aber seine Rolle wird schwierig, wenn im Unternehmen ein globales Problem besteht“, bedauert der Autor. „Es wird auch schwierig für den Gewerkschaftsdelegierten, einen Ansprechpartner zu finden, um die Probleme zu lösen. Der gewerkschaftliche Dialog muss mittlerweile internationalisiert werden.“

Die Zeit der Rückkehr

Die Rückkehr des Arbeitnehmers nach einer mehr oder weniger langen Erholungszeit ist ein besonders heikler und schwerer Moment. Einerseits hat das Opfer neben den körperlichen Beschwerden auch psychische Leiden aus der beruflichen Erschöpfung davongetragen. Bei seiner Rückkehr steht nicht fest, ob sich etwas an der Arbeitsorganisation, am Arbeitsinhalt oder an den Beziehungen zum Management verändert hat. Jemand, der nach seinem Burnout öffentlich im Unternehmen beleidigt oder angeschrien wird, erlebt dies als Aggression und macht ihn anfällig für einen Rückfall.

Andererseits hat der Kreuzzug der Regierung gegen Krankheiten, die zu langfristigen Arbeitsausfällen führen, Maßnahmen zur Wiedereingliederung der Kranken hervorge-



Sich wiederholende Aufgaben und Teilarbeiten können zum Boreout führen.

© Leyla Vidal/Belpress.com

bracht, die dem Arbeitgeber die Möglichkeit bieten, seine kranken Arbeitnehmer an den Arbeitsarzt zu verweisen. Dieser entscheidet dann darüber, ob sie arbeitsfähig sind oder nicht. „Das politische Projekt der Gesundheitsministerin, das darin besteht, einige Sitzungen beim Psychologen zu zahlen, damit die Kranken wieder schnell arbeitsfähig werden, wird das Problem aber nicht lösen, wenn man sie in das selbe Unternehmen und in den selben Job zurückversetzt“, bemerkt Guy Denuit.

Unter diesen Bedingungen besteht die Gefahr, dass der Arbeitnehmer als definitiv arbeitsunfähig erklärt wird, was einer Entlassung gleichzusetzen ist. Durch diese Wiedereingliederungsmaßnahmen von Langzeitkranken ist es effektiv möglich geworden, diese ohne Zahlung der Kündigungsentschädigung zu entlassen.

Der Ausschuss für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz (AGS) kann hier nur eine Rolle der Beratung und Unterstützung spielen.

Die Gewerkschaftsdelegation kann den Arbeitnehmer bei seinen Gesprächen begleiten, aber außerhalb der Arbeitsmedizin gibt es keine Struktur der psychischen Unterstützung, die seine gute Wiedereingliederung garantieren würde.

Wie man feststellt, sind das Burnout und seine Abwandlungen delicate Probleme. Sowohl die Arbeitnehmer als auch die Gewerkschaftsvertreter müssen die Entwicklung der Gesetzgebung und deren Handhabung vor Ort im Auge behalten, um diese Krankheit von deren Vorbeugung bis zur Rückkehr des Arbeitnehmers in den Griff zu bekommen.

Der zweite Teil dieses Dossiers wird die Prävention von Burnout und Brownout behandeln.



Zahlen aus einer Umfrage über Burnout, realisiert durch den FÖD Beschäftigung und Arbeit, 2012-2013

Ariane Estenne: „Eine aufregende Zeit für soziale Bewegungen“

Seit Anfang Januar ist Ariane Estenne die neue Vorsitzende der Christlichen Arbeiterbewegung. Sie trat die Nachfolge von Christian Kunsch an.

Die Christliche Arbeiterbewegung (MOC) bündelt die gemeinsame Aktion der CSC, der christlichen Krankenkasse, der Frauenliga, der Werkmannschaften und der JOC (Junge christliche Arbeitnehmer). Sie steht für Offenheit und Pluralismus. Ariane Estenne ist Politikwissenschaftlerin und wurde mit großer Mehrheit zur neuen MOC-Präsidentin gewählt. Wir sprachen mit der 35-Jährigen.

Sie übernehmen diese Funktion in politisch und gesellschaftlich unruhigen Zeiten, oder?

Alles, was derzeit geschieht, bezeugt das schlechte Funktionieren der Demokratie, ob politisch oder gesellschaftlich. Es ist eine Absage an die Institutionen im weitesten Sinne. Die Bürgerinitiativen, die jetzt entstehen, sind eine Form des Ausdrucks dieser Ablehnung. Eine Bewegung wie die „Gilets Jaunes“ einfach vom Tisch zu fegen, hätte daher keinen Sinn.

Der Sozialpakt entstand nach dem Krieg mit der gemeinsamen Überzeugung, dass die Ungleichheiten reduziert werden müssen und eine starke soziale Sicherheit aufgebaut werden sollte. Dieser gemeinsame Glaube zerfällt unter anderem aufgrund der jahrelang verfolgten individualistischen und neoliberalen Politik. Plötzlich wird sich außerhalb der Strukturen mobilisiert, weil diese als unwirksam wahrgenommen werden.

Die sozialen Bewegungen müssen sich infrage stellen. Dieser unruhige Kontext bietet die Gelegenheit, die Gewerkschaften, die Krankenkassen, die sogenannten Zwischenschaltstellen, zu rehabilitieren. Sie schaffen die Verbindung zwischen den Forderungen vor Ort und der politischen Umsetzung. Wir müssen diese Vermittlerrolle neu erfinden, aber auf die gleiche Art und Weise: das Ziel ist die Gleichheit, der Weg ist die Demokratie.

Belgien hat derzeit eine Minderheitsregierung und im Mai stehen wichtige Wahlen an. Wie sehen Sie die derzeitige politische Lage?

Wenn wir mit der gleichen Koalition auf Föderalebene fortfahren, wird es keine Zwischenschaltstellen mehr geben. Konkret fordern wir menschenwürdige Arbeit, menschenwürdiges Einkommen und eine soziale Sicherheit, die ihre Rolle als Versicherung übernimmt. Miteinbeziehen müssen wir auch Fragen zur Gestaltung des Übergangs,

zum Klimawandel und zur kulturellen Demokratie.

Auf europäischer Ebene ist die Christliche Arbeiterbewegung klar: alles, außer die Rechtsextremen. Wir müssen alles unterstützen, was die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Demokratie von der lokalen bis zur globalen Ebene stärkt. Und wir müssen auf allen Machtebenen alles für eine dringende und radikale Bekämpfung des Rassismus tun.



© Nathalie Gabay

Ariane Estenne ist die neue MOC-Vorsitzende.

„Dieser unruhige Kontext bietet die Gelegenheit, die Gewerkschaften und die Krankenkassen, die sogenannten Zwischenschaltstellen, zu rehabilitieren. Sie schaffen die Verbindung zwischen den Forderungen vor Ort und der politischen Umsetzung.“

Sozialrecht, Steuerwesen: was sich ab dem 1. Januar ändert

Die Reform der Familienzulagen, mehr Flexibilität bei den thematischen Urlaubsformen oder die Fortsetzung der Tax Shift. Wir haben einen Überblick über einige Änderungen im Arbeitsrecht, in der sozialen Sicherheit und im Steuerwesen zusammengestellt.

Familienzulagen. Ab 2019 wird das Kindergeld (wie auch die Geburts- und Adoptionsprämie) im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Fachbereich Familie und Soziales) bearbeitet und verwaltet. Jedes in der DG lebende Kind hat automatisch Anrecht auf sein Kindergeld. Unabhängig von seinem Rang in der Familie erhält jedes Kind den gleichen Basisbetrag. Beim Übergang zu diesem neuen System erhält keine Familie weniger Geld als vorher. Der Kindergeld-Betrag ändert erst, wenn dieser laut neuem System vorteilhafter für den Empfänger ist oder wenn die Anzahl der kindergeldberech-

tigten Kinder ändert (wenn ein Kind hinzukommt bzw. wenn ein Kind den Haushalt verlässt).



Infos +
www.ostbelgienfamilie.be

Elternurlaub. Seit dem 1. Januar kann ein vollzeitlich beschäftigter Arbeitnehmer seinen Elternurlaub zu 1/10 nehmen, in Form eines halben Tages pro Woche oder eines ganzen Tages alle zwei Wochen und dies während maximal 40 Wochen. Bisher war es nur möglich, einen vollzeitigen Elternur-

laub während 4 Monaten zu nehmen, bzw. halbezeitlich während 8 Monaten oder zu 1/5 während 20 Monaten. Der 1/10 Elternurlaub ist allerdings nur mit dem Einverständnis des Arbeitgebers möglich (entgegen den anderen Formen des Elternurlaubs).

Thematischer Urlaub (1). Die Arbeitnehmer können ihren teilzeitigen thematischen Urlaub freier planen (aber mit dem Einverständnis des Arbeitgebers). So ist es zum Beispiel möglich, einen halbezeitigen Elternurlaub während 8 Monaten zu nehmen, indem man abwechselnd eine Woche vollzeitlich arbeitet und die nächste Woche vollständig frei nimmt.

Thematischer Urlaub (2). Der Arbeitnehmer, der einen Elternurlaub oder vollzeitigen Urlaub zur medizinischen Pflege nimmt, kann diesen nun auch in Wochen (statt in Perioden von 1 Monat) nehmen. Auch hier muss der Arbeitgeber damit einverstanden sein.

Adoptionsurlaub. Ab dem 1. Januar kann einer der beiden Adoptiveltern eine zusätzliche Woche Adoptionsurlaub nehmen. Bei der Adoption eines minderjährigen Kindes kann ein Arbeitnehmer nun mindestens 6 Wochen Adoptionsurlaub nehmen. Für ein behindertes Kind wird diese maximale Dauer verdoppelt. Bei der gleichzeitigen Adoption mehrerer minderjähriger Kinder wird die maximale Dauer des Adoptionsurlaubs um 2 Wochen für jeden der beiden Adoptiveltern verlängert. Dieser zusätzliche Adoptionsurlaub wird alle zwei Jahre um eine Woche erweitert. Auf diese Weise werden bis zum Jahr 2027 insgesamt 5 zusätzliche Urlaubswochen gewährt, die gegebenenfalls unter den beiden Adoptiveltern aufgeteilt werden. Für die drei ersten Tage des Adoptionsurlaubs behält der Arbeitnehmer seinen normalen vom Arbeitgeber gezahlten Lohn. Für





Grenzgespräche

Informationen zur belgischen und deutschen Steuer und weitere interessante Pendlerfragen stehen im Mittelpunkt der Grenzgespräche Belgien-Deutschland, die am Samstag, 16. Februar, ab 10 Uhr im Gartenverein Aachen stattfinden. Referentinnen sind die Kolleginnen des CSC-Grenzgängerdienstes. Anmeldungen nimmt die IGBCE-Ortsgruppe Aachen entgegen: info@igbce-aachen.de

Diesel-Abgase

Das EU-Parlament hat acht neue Substanzen zu den krebserregenden oder erbgutverändernden Stoffen hinzugefügt, denen die Arbeitnehmer über eine bestimmte Grenze hinaus nicht ausgesetzt werden dürfen. Dazu gehören auch die Abgase von Dieselmotoren. 3,6 Millionen Arbeitnehmer in Europa sind potenziell dem Ausstoß von Abgasen aus Dieselmotoren ausgesetzt. Viele Arbeitnehmer in Sektoren wie Vertrieb und Baufach kommen regelmäßig in Kontakt mit Kraftstoffdämpfen. Nach Ansicht einiger Forscher seien fast 4.500 Todesfälle pro Jahr auf Abgase von Dieselmotoren zurückzuführen. Zusätzlich zu dieser neuen Liste gefährlicher Stoffe, in der auch Altöl zu finden ist, werden demnächst Maximalwerte auf Dieselabgase am Arbeitsplatz definiert. Die Mitgliedsländer haben zwei Jahre Zeit, ihre Gesetzgebung anzupassen.

Umfrage HORECA

Als Vorbereitung der nächsten Verhandlungen in den Sektoren Nahrung und Dienste startet die CSC Nahrung und Dienste eine groß angelegte Umfrage unter den Arbeitnehmern im Hotel- und Gaststättengewerbe (HORECA). Das Ziel besteht darin, die Sorgen und Bedürfnisse dieser Arbeitnehmer zu erfassen. Diese Umfrage umfasst 11 Fragen zu sehr konkreten Themen: Löhne, Prämien, Arbeitgeberintervention bei Fahrtkosten, Weiterbildung oder auch Arbeitsdauer. Die CSC Nahrung und Dienste wird ihren Forderungskatalog auf die Ergebnisse dieser Umfrage ausrichten.

Die Umfrage ist online zugänglich auf www.csc-alimentation-service.be.

den restlichen Adoptionsurlaub erhält er 82 % des begrenzten Bruttolohnes von der Krankenkasse.

Empfangsurlaub. Im Falle einer langfristigen Aufnahme eines minderjährigen Kindes in seiner Familie hat der Arbeitnehmer Anrecht auf 6 Wochen Empfangsurlaub. Seit dem 1. Januar 2019 kann einer der beiden Pflegeeltern eine zusätzliche Urlaubswoche erhalten. Die Dauer, die Bedingungen und die Entschädigungen dieses Empfangsurlaubs sind die gleichen wie für den Adoptionsurlaub. Neben diesem Empfangsurlaub von 6 + 1 Wochen bleibt der ehemalige Empfangsurlaub von 6 Tagen bestehen. Für die Vergütung dieser Tage bleibt das Arbeitsamt zuständig. Die 6 + 1 Wochen werden von der Krankenkasse entschädigt.

Arbeitslosigkeit. Ab dem 1. Januar wird der Alterszuschlag für die älteren Arbeitslosen erst ab 63 Jahren (statt ab 62 Jahren) gezahlt (außer für diejenigen, die diesen bereits erhalten). Ab dem Jahr 2020 wird dieser erst ab 65 Jahren gezahlt.

Steuern (1). Ein Teil des steuerbaren Einkommens eines jeden Steuerzahlers wird von der Steuer befreit. Es handelt sich um die „Steuerfreibeträge“. Bisher hing dieser Betrag vom steuerbaren Einkommen ab: 4.260 Euro für Personen mit einem steuerbaren Einkommen unter 25.220 Euro, 4.095 Euro für die anderen. Im Rahmen der Tax Shift gilt

für alle Steuerzahler ab dem Steuerberechnungsjahr 2020 der gleiche Betrag: 4.785 Euro (indexgebunden).

Steuern (2). Je höher das steuerbare Einkommen, umso höher der Steuersatz für den höchsten Teil dieses steuerbaren Einkommens. Die eigentlichen Sätze ändern nicht für das Steuerberechnungsjahr 2019, aber im Rahmen der Tax Shift wird die Höchstgrenze für den Abschnitt von 40 % von 13.940 Euro auf 14.330 Euro (indexgebunden) erhöht. Mit anderen Worten, das steuerbare Einkommen wird länger zu 40 % besteuert (statt auf 45 % zu steigen).

Steuern (3). Der „steuerliche Beschäftigungsbonus“ ist das steuerliche Pendant zum „sozialen Beschäftigungsbonus“. Dieser besteht aus einer Reduzierung der LASS-Beiträge der Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen. Der steuerliche Beschäftigungsbonus wird in Form eines Prozentsatzes des sozialen Beschäftigungsbonus berechnet, den der Steuerzahler erhielt. Seit dem 1. Januar wurde dieser Prozentsatz im Rahmen der Tax Shift von 28,03 % auf 33,14 % erhöht. Der maximale Betrag der Steuerermäßigung steigt daher von 420 auf 500 Euro pro Jahr (nicht indexgebunden).



© Leyla Vidal/Belpress.com

Die Gewerkschaften in Brasilien organisieren sich

Tiefgreifender Umschwung in Brasilien. Das größte Land Lateinamerikas mit mehr als 200 Millionen Einwohnern wird jetzt von einem bekennenden rechtsextremen Präsidenten regiert.

Jair Bolsonaro träumt von einer Rückkehr zur Militärdiktatur (1964-1985), wo die Gewalt ungestraft gegen politische Gegner eingesetzt wurde, was den meisten Menschen in Brasilien kalte Schweißausbrüche beschert, ganz besonders schutzbedürftigen Menschen, wie die Ureinwohner Brasiliens, Frauen, Homosexuelle, Transgender und im Allgemeinen die prekärsten Bevölkerungsschichten. Die Menschenrechts- und Umweltverteidiger sowie die Militanten und Gewerkschafter der Arbeiterpartei (PT) werden in den nächsten vier Jahren im Visier des Präsidenten und seiner Anhänger stehen.

„Unsere Bevölkerung verdient niemanden wie Bolsonaro. Was er tun

will, wird eine soziale Katastrophe verursachen. Er will die Großgrundbesitzer begünstigen und wird die Diskriminierung noch verstärken. Das ist ein schwerer Rückschritt“, äußert sich sehr besorgt Ricardo Patah, der Präsident der Gewerkschaft UGT, die 12 Millionen Mitglieder in Brasilien zählt.

Wirtschaftliche Rezession

Jair Bolsonaro wurde in einem Klima der wirtschaftlichen Rezession gewählt, mit 14 Millionen Arbeitslosen und immer prekäreren Bevölkerungsschichten aufgrund unwürdiger Arbeitsbedingungen. Der Zorn wächst und schürt Ängste und dies wusste Bolsonaro während des Wahlkampfes zu nutzen. In einer von falschen Informationen gespickten Kampagne in den sozialen Medien wurde Hass gegen Sündenböcke geschürt, beginnend mit den Militanten der PT, einer Partei, die von einem großen Teil der Bevölkerung infolge verschiedener in den letzten Jahren aufgedeckter Korruptionsskandale abgelehnt wird.

Bolsonaro wurde zu einer heroischen Vorbildfigur mit Zauberstab, die fä-

hig schien, die Gewalt sowie die weit verbreitete Korruption zu beenden. Seine Hassrede gefiel und beruhigte 55 % der Brasilianer, die ihn gewählt haben, um das Schicksal ihres Landes zu leiten.

Das Erbe von Lula

„Unsere Landsleute scheinen ein kurzes Gedächtnis zu haben. Um besser zu leben braucht Brasilien eine Sozial- und Solidaritätspolitik und keinen Rückzug auf sich selbst. Unter Lulas Präsidentschaft gab es großartige soziale Fortschritte. Im Nordwesten des Landes wurden Elektrifizierungs- und Trinkwasserprojekte gestartet. Er hat Millionen von Armen den Zugriff auf das Familienzulagensystem ermöglicht. Das monatliche Einkommen der Rentner stieg von 70 auf 300 Dollar. Er hat das Bildungssystem verbessert, um es egalitärer und leistungsstärker zu machen. Er veranlasste mehr Bürgerbeteiligung bei der Entscheidungsfindung, wodurch eine bessere Inklusion der ehemals ausgestoßenen Bevölkerungsgruppen wie die Afro-Brazilianer, Frauen, Indigene oder Homosexuelle ermöglicht wird. Diese Kategorien von Menschen konnten ihre

Bedenken vortragen und Fortschritte in der öffentlichen Politik vorschlagen“, erinnert sich Ricardo Patah.

Jair Bolsonaro hat stattdessen versprochen, der Sozialpolitik ein Ende zu setzen, um größere Investitionen zu fördern und die Ausbeutung des Amazonas fortzusetzen. Er bevorzugt die Folter durch die Polizei als Mittel, um Informationen zu erhalten, und beabsichtigt, das Tragen von Waffen zu erleichtern. Er drohte seinen politischen Gegnern mit Verbannung und Gefängnisstrafen.

Zunehmende Prekarität

Die Gewerkschaft ist auch besorgt über die Arbeitnehmer-Bedingungen, die sich zusehends verschlechtern. Denn diese haben in den letzten Monaten schon etliche Attacken seitens des früheren Präsidenten, Michel Temer, durchgemacht. Verschiedene Gesetze wurden erlassen, mit katastrophalen Folgen für die ganze Bevölkerung. Das Gesetz über „intermittierende Arbeit“ ermöglicht es beispielsweise, die Arbeitsbedingungen flexibler zu gestalten, indem man Stundenarbeit einführt mit einer Lohnobergrenze von 10 % des Mindestniveaus.

Von nun an kann jede Funktion durch billige Subunternehmen gewährleistet werden, unter Bedingungen, die an Sklaverei erinnern. Frauen sind auch stark von den jüngsten Maßnahmen betroffen. So ermöglicht ein Gesetz, Schwangere unter Missachtung ihrer Gesundheit unter unhygienischen Bedingungen im Namen des Wirtschaftswachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen arbeiten zu lassen. Bolsonaro versprach, weiter in diese Richtung zu gehen, indem er die Flexibilisierung verstärkt. *„Man holt die alten neoliberalen Rezepte hervor, um die Krise zu bekämpfen. Man glaubt, dass dies alles regeln wird, aber man vergisst dabei die Würde der Arbeitnehmer. Dabei ist das aber das Wesentliche“*, empört sich Ricardo Patah.

Die sozialen Errungenschaften retten

Die nächsten vier Jahre werden unter dem Zeichen des Widerstands stehen. Die verschiedenen Gewerkschaften müssen sich vereinen, um die verbleibenden sozialen Errungenschaften zu retten. *„Wir haben bereits begonnen, uns zu organisieren, um*



© Leyla Vidal/Belpress.com

dieser Regierung heftigen Widerstand zu leisten. Angesichts dieser reaktionären Front brauchen wir alle Demokraten für unseren Kampf“.

Die Gewerkschaften werden leider mit begrenzten finanziellen Mitteln zurechtkommen müssen. Ihre Ressourcen wurden in der Tat von der Temer-Regierung eingeschränkt, so dass die sozialen Bewegungen an den Rand des Abgrunds gedrängt wurden und gezwungen sind, in großem Umfang ihre Mitarbeiter zu entlassen.

Die Bekämpfung der Gewerkschaften ist Teil einer gut durchdachten Strategie mit dem Ziel, den sozialen Protest zu brechen. Man wollte vor allem verhindern, dass diese Mittel zur Unterstützung der PT-Präsidentenwahlkampagne verwendet werden. Die Gewerkschaften werden mit dieser Situation weiterhin zu kämpfen haben.

Internationale Solidarität

„Aber der Erfolg des Kampfes geht auch über die internationale Solidarität. Partner wie die CSC in Belgien sind wahre Verbündete für uns. Neben den finanziellen Mitteln geben sie uns eine unverzichtbare politische Unterstützung. Was bei uns geschieht, passiert auch anderswo in der Welt. Wir Arbeitnehmer müssen uns über den gesamten Globus vereinen, um Front zu machen gegen eine reaktionäre Politik, die die Bevölkerung in die dunkelste Zukunft taucht“, schlussfolgert der Gewerkschafter.

Mit einer Gewerkschaftszugehörigkeit von 20 % ist die militante Basis in Brasilien präsent und könnte dem neuen Präsidenten das Leben schwer machen. *„Dennoch ist eine Allianz mit allen sozialen Kräften (Frauenbewegung, Ureinwohner, Umweltschützer, LGBT, usw.), die auch im Visier von Bolsonaro stehen, sehr wichtig, wenn wir die autoritären Exzesse des neuen Regimes eindämmen und letztlich die Rückkehr einer fortschrittlicheren Regierung fördern wollen.“*

Der ganze Kontinent

Über Brasilien hinaus ändert der gesamte lateinamerikanische Kontinent die politische Farbe. Nach der Linkskurve der 2000er Jahre dreht die Region sich seit einigen Jahren nach rechts. In Argentinien, in Kolumbien und Chile sind konservative Regierungen an der Macht. Mit Brasilien an ihrer Seite zeichnet sich eine harte rechte Achse ab. Werden diese Regierungen die demokratischen Spielregeln akzeptieren oder sind sie versucht, zum Autoritarismus zurückzukehren? Diese hemmungslose Rechte wurde durch die Machtübernahme von Donald Trump in den USA beflügelt und nutzt die Verdrossenheit der Mittelschicht gegenüber der Politik. Diese Bevölkerungsschichten, meist enttäuscht vom Scheitern progressiver Regierungen, aber auch besorgt, ihre Privilegien zu verlieren, haben für autoritäre und charismatische Kandidaten gestimmt, die sich als Retter präsentierten.

COP24: wenig Einsatz gegen die hohen Risiken

Zwei Wochen angespannter Diskussionen gingen dem Ende der UN-Klimakonferenz Mitte Dezember voraus. Wir blicken auf die Ergebnisse der COP24 zurück.

Den 23.000 Delegierten aus aller Welt, die sich in Polen zum UN-Klimagipfel trafen, präsentierten sich drei große Herausforderungen: Zuerst und vor allem ging es um die praktische Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, zweitens sollten die Länder ihre Ziele zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen erweitern und drittens war vorgesehen, dass die Entwicklungsländer neue Finanzmittel finden, damit die ärmsten Länder sich dem Klimawandel anpassen können.

Zur Anwendung des Pariser Abkommens hat man sich auf das „Paris Rulebook“ einigen können, eine Art Handbuch der Anwendungsregeln. Es wird wie vorgesehen ab 2020 in Kraft treten. Dieses Handbuch ist sehr wichtig, da es

eine Reihe von Fragen klärt, wie z.B. die Verbuchung der Treibhausgas-Emissionen der verschiedenen Länder, die Berichterstattung über ihre „Finanzierung des Klimaschutzes“, die für die freiwilligen Marktmechanismen geltenden Regeln, usw.

Große Spannungen warf die Frage auf, ob man weiterhin bei den Emissionsmeldungen zwischen reichen und armen Ländern unterscheiden sollte oder ob man sich auf ein einheitliches System hinbewegen sollte. Letztendlich gelten die gleichen Regeln für alle, aber man gewährt den Ländern mit weniger Ressourcen mehr Flexibilität, um diese anzuwenden. Eine große Flexibilität wird auch den reichen Ländern in der Art und Weise gewährt, wie sie ihre Berichte über ihre Beiträge zur Finanzierung der Entwicklungsländer realisieren können.

Fehlender Ehrgeiz

Der Sonderbericht des IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) über die Erderwärmung um 1,5 Grad hatte im Oktober für Aufsehen gesorgt. Er wurde oft auf der COP erwähnt und hätte auch mehr Ehrgeiz hervorrufen müssen, doch leider war die UN-Klimakonferenz diesbezüglich nicht erfolgreich. Die teilnehmenden Länder waren noch nicht einmal in der Lage, diesem Bericht Rechnung zu tragen. Sie begnügten sich damit, die Tatsache zu begrüßen, dass er rechtzeitig (!) veröffentlicht wurde und laden die verschiedenen Länder dazu ein, ihn bei ihren zukünftigen Diskussionen innerhalb der Vereinten Nationen zu berücksichtigen.

„Die Regierungen hätten sich zu mehr Ehrgeiz verpflichten müssen, doch das ist ihnen nicht gelungen“, bedauert die CSC. „Die Verantwortungen in der globalen Erwärmung wurden diskutiert und sogar von einigen verleugnet, wichtige Entscheidungen wurden wieder verschoben. Obschon man weiß, was getan werden sollte, und zahlreiche Technologien zur Verfügung stehen, haben kurzfristige wirtschaftliche Interessen und nationale Interessen die Diskussionen blockiert. Viele Entwicklungsländer, NROs und Wissenschaftler bedauern, dass die reichen Länder ihren Anteil an der Verantwortung für die globale Erderwärmung nicht übernehmen.“

Und was die Hilfe für die Entwicklungsländer angeht, sind die ab 2020 angekündigten 100 Milliarden jährlich auch nicht in trockenen Tüchern. Das Rulebook besagt nur, dass die Länder „einen Hinweis auf die neuen und zusätzlichen Finanzierungsquellen geben sollten.“ Im Klartext bedeutet dies, dass man nicht unbedingt neue Finanzierungsquellen fordert.

Europäisches Ziel

Im Gegensatz zu den Niederlanden und Luxemburg unterstützt Belgien nicht die Erhöhung der europäischen Ambitionen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen



Der Kampf gegen den Klimawandel könnte mit der Schaffung zahlreicher neuer Arbeitsplätze einhergehen, wenn eine entsprechende Politik geführt würde.

um mindestens 55 % bis 2030 im Vergleich zu 1990. Dieser Ehrgeiz ist aber entscheidend, wenn man noch die Prinzipien des Pariser Abkommens und die Empfehlungen des IPCC-Sonderberichtes über die Einhaltung von 1,5 Grad einhalten will.

„Zudem würde er dazu beitragen, soziale und ökologische Schäden unvorstellbaren Ausmaßes zu vermeiden. Nicht zuletzt könnte dieses Treibhausgas-Reduktionsziel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen, wenn eine proaktive Politik geführt würde“, beobachtet die CSC. *„Es gibt in der Tat zahlreiche Berichte, die belegen, wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden in der Kreislaufwirtschaft, im Bereich der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz, der energetischen Erneuerung von Gebäuden, im öffentlichen Transport,... Bei zahlreichen Beobachtern stellt sich ein gewisser Überdruß angesichts des mangelnden politischen Willens ein.“*

Hoffnungsschimmer

Auf der anderen Seite wurde die „Erklärung zur Solidarität und zum gerechten Übergang“ durch eine lange Liste von Ländern (auch von Belgien) angenommen. Das Konzept des gerechten Übergangs, das aus der Gewerkschaftswelt stammt, verbreitet sich und wird von vielen Staaten, Unternehmen, NGOs und Wissenschaftlern zunehmend ernst genommen. Der gerechte Übergang sollte es ermöglichen, alle in den notwendigen ökologischen Übergang einzubinden und allen Arbeitnehmern menschenwürdige Arbeitsplätze zu bieten.

„In Belgien fordern wir die Durchführung einer nationalen Konferenz zum gerechten Übergang, wobei verschiedene Akteure zusammenzubringen sind, um eine gemeinsame Vision zu erreichen. Diese Idee macht ihren Weg. Nach dem Vorbild Kanadas sollte dann eine Task Force eingesetzt werden, bestehend aus Akteuren der sozio-ökonomischen Welt sowie aus politischen und akademischen Führungskräften, damit dieses Thema in einer ständigen und konstruktiven Weise diskutiert wird.“

Ein weiterer Hoffnungsschimmer: Der Generalsekretär der UNO, Antonio Guterres, wird im September 2019 einen großen Klimagipfel organisieren. Das einzige Ziel dieses Gipfels besteht darin, die Ambitionen in der Klimapolitik zu verbessern.

„Die COP24 war eine sehr technische Konferenz, wo die Verhandlungen im Mittelpunkt standen“, bemerkt die CSC. *„Eines der Hauptziele, das Abkommen über das Pariser Rulebook zu organisieren, wurde erreicht. Dagegen war der Mangel an Präsenz führender Politiker eklatant. Keiner der Staatschefs der G20 hat sich auf der COP24 sehen lassen. Wir sind sicher, dass eine Verschiebung ehrgeiziger Klimaziele später negative Folgen haben wird. Gleichzeitig sehen wir uns aber gezwungen (insofern man noch etwas von großen internationalen Versammlungen erwarten kann) darauf zu hoffen, dass der Gipfel in diesem Jahr mehr und bessere Früchte tragen wird. Für diejenigen, die nicht mehr an diese Versammlungen glauben, bleibt die massive und dauerhafte Mobilisierung in den Straßen und Unternehmen, die Entwicklung ökologischer Initiativen auf lokaler Ebene oder eben die Resignation angesichts dessen, was noch an Schlimmes auf uns zu kommt...“*

Transport: Debatte über Automatisierung

Das Transportwesen erfährt eine wirkliche technologische Revolution. Die Automatisierung ist bereits Realität und wird weiter zunehmen.

Die Europäische Kommission brachte unterschiedliche Akteure zusammen, um ihre jeweiligen Standpunkte darzulegen. Der See-, Eisenbahn-, Straßen- und Luftverkehr ist betroffen. Die Automatisierung hat bereits in all diesen Sektoren Einzug gehalten und wird sie weiterhin verändern, was unterschiedliche soziale, wirtschaftliche, ökologische und technologische Auswirkungen haben wird. Die Europäische Kommission verfolgt diese Entwicklung. Ende 2018 versammelte sie die Vertreter der Arbeitnehmer, der Unternehmen, der Forschungszentren, der Universitäten und mehrerer Generaldirektionen, um deren Standpunkte zu diesen Veränderungen miteinander zu konfrontieren.

Originell war, dass diese Teilnehmer selbst den Tag animierten. Sie teilten sich in Gruppen von vier bis sechs Teilnehmern auf und - von einem Themenworkshop zum anderen wechselnd - diskutierten sie drei Schwerpunkte: die wichtigsten Trends, die derzeit auf dem Gebiet des automatisierten Güterverkehrs entstehen, die Auswirkungen dieser Trends auf die Arbeitnehmer sowie die Chancen und Risiken, die sich ergeben, wenn keine (legale oder sonstige) Aktion als Reaktion auf diese Entwicklungen beschlossen wird.

Die Debatten waren sehr aufschlussreich. Die wichtigsten Lehren, die sich daraus ergaben, sind folgende: Frauen müssen unbedingt in die neue Landschaft des automatisierten Transports einbezogen werden. Bestimmte Berufe werden verschwinden, andere neu geschaffen, aber es darf niemand im Stich gelassen werden. Jeder muss sich darin wiederfinden, ob als Arbeitnehmer oder als Verkehrsteilnehmer. Mit großer Mehrheit waren sich die Teilnehmer darüber einig, dass eine Regulierung notwendig ist, um eine Verwilderung des Marktes zu vermeiden. Es stellte sich heraus, dass der Übergang fast noch wichtiger ist als die zukünftige Transportlandschaft. Da diese einer ständigen Entwicklung unterliegt, kann keiner vorhersagen oder beschreiben, in welcher Welt wir uns in 20 oder 30 Jahren bewegen werden.

Am Ende des Tages betonten die Teilnehmer die Notwendigkeit einer regelmäßigen Zusammenarbeit mit der EU-Kommission, um qualitative Arbeit leisten zu können.

SOZIALE SICHERHEIT SICHERHEITSNETZ IN GEFAHR

Im Vorfeld der Wahlen nehmen wir uns die Zeit, jeden Monat eines von acht Themen zu beleuchten, die durch die Regierungsmaßnahmen beeinflusst wurden. Inwiefern beeinflussen sie unseren Alltag? Wie geht die Regierung damit um? Wie reagiert die CNE? In diesem Monat beschäftigen wir uns mit der sozialen Sicherheit.



Was tat die Regierung?

Die soziale Sicherheit ist ein Sicherheitsnetz in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das Ihnen in mehreren Bereichen Sicherheit bietet. Je besser sie finanziert wird, umso stärker sind die Maschen des Netzes und umso besser werden Sie in diesen verschiedenen Bereichen geschützt. In den letzten Jahren hat die Michel-Regierung eine Reihe von Elementen verschlechtert, die man in drei Kategorien aufteilen kann: die Finanzierung, die Verwaltung und die geleisteten Dienste.

Zunächst erhielt die Finanzierung des belgischen Sozialschutzes einen Schlag. Mit der Tax Shift hat sich die Regierung auf eine riskante Wette eingelassen, die von den Arbeitnehmern gezahlt wird: sie senkt die Arbeitgeberbeiträge, die die soziale Sicherheit finanzieren, in der Hoffnung, damit Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn die Arbeitgeber aber nicht genügend Arbeitsplätze schaffen, um diese Differenz auszugleichen, gibt es ein Loch in der Finanzierung. Im Moment wird dieses Loch teilweise durch die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und aus der Quellensteuer (Steuer auf Kapitalerträge, Dividenden, Zinsen,...) gestopft. Was bedeutet das? Die Arbeitgeberbeiträge gelten als „sozialisierter“ Lohn. Auf einen niedrigen Lohn (1.500 Euro brutto pro Monat) zahlen die Arbeitgeber 110 Euro weniger an Sozialbeiträgen pro Monat. Bei einem mittleren Lohn (3.000 Euro) sind es knapp 70 Euro weniger und bei einem hohen Lohn (4.000 Euro) beinahe 150 Euro weniger. Dieser

Verlust steht auf keinem Lohnzettel. Trotzdem fehlt er in den Kassen der sozialen Sicherheit. Und den Unterschied zahlen Sie durch die Mehrwertsteuer, die die Armen viel mehr trifft als die Reichen. Die soziale Sicherheit wird also weniger finanziert als vorher und zudem belastet die Finanzierung Ihre Kaufkraft.

Was die Verwaltung der sozialen Sicherheit angeht, die theoretisch durch die Arbeitgeber und Gewerkschaften mitverwaltet wird, so nimmt die Regierung immer mehr Einfluss darauf. Die soziale Sicherheit muss sich nun an den haushaltspolitischen Anstrengungen des belgischen Staates beteiligen. Befindet sich der Staat im Defizit (infolge der schlechten Entscheidungen der Politiker), muss in der sozialen Sicherheit eingespart werden.

Zudem traf die Regierung politische Entscheidungen, die die Dienstleistungen und den Umfang des Sozialschutzes beeinträchtigen. Die soziale Sicherheit ist ein Sicherheitsnetz. Aber indem sie dafür sorgt, dass die Finanzierung unter Druck gerät, indem sie die Verwaltung und das Ausmaß verändert, erhöht die Regierung das Armutsrisiko. Für die wenig Qualifizierten stieg das Armutsrisiko von 22,7 % im Jahr 2010 auf 31,2 % in 2017. Für durchschnittlich Qualifizierte stieg diese Zahl von 9,8 % auf 14,7 % und für die Hochqualifizierten von 5,2 % auf 5,9 %.

Die Maßnahmen der Föderalregierung	Gerechte Alternativen
Soziale Sicherheit als Variable zur Haushaltskonsolidierung	Bessere Finanzierung der sozialen Sicherheit (bessere Löhne, andere Akteure, Steuerbetrug,...)
Tax Shift	Paritätische Verwaltung

Was ändert das für mich?

Das Sicherheitsnetz der sozialen Sicherheit hat sich in fast allen Bereichen verschlechtert, weil die Regierung beschlossen hat, den Sozialschutz in Belgien zu reduzieren. Das hat Auswirkungen auf Sie als Bürger oder als Arbeitnehmer. Zunächst im System der Pensionen und des Laufbahnendes: Das Rentenalter wurde auf 67 Jahre erhöht und die Zugangsbedingungen zur Frühpension wurden deutlich erschwert. Dann setzte die Regierung den Haushalt der Gesundheitspflege der sozialen Sicherheit unter Druck. Das bedeutet, dass alle Gesundheitsakteure den Gürtel enger schnellen mussten. Konkret haben Sie als Patient mit Krankenhäusern zu tun, die unter Personalmangel leiden und dessen Personal schwierigen Arbeitsbedingungen untersteht und Ihre Medikamente werden weniger gut zurück-

erstattet. Die soziale Sicherheit deckt ebenfalls die Risiken ab, die an den Arbeitsplatzverlust oder an Laufbahnunterbrechungen gebunden sind. In den letzten Jahren gab es einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen und der Personen, die die Hilfe des Arbeitsamtes (zum Beispiel für den Zeitkredit) in Anspruch nahmen. Die Reform der Eingliederungsentschädigung ermöglichte es, Jugendliche von der Arbeitslosigkeit auszuschließen. Die Kontrollen für die älteren Arbeitslosen wurden deutlich verstärkt. Schlimmer noch, die Zugangsbedingungen für den Zeitkredit machen es fast unmöglich, Pausen mitten in der Laufbahn zu nehmen, während in unserer Gesellschaft allgemein eine Explosion von Burnout festzustellen ist.

Und die CNE bei alledem...?

Welche Alternativen gibt es zur derzeitigen negativen Spirale? Gehen wir von der Tatsache aus, dass Belgien noch nie so reich wie heute war. Dann stellen wir fest: die Arbeitnehmer erhielten noch nie einen so schwachen Anteil am produzierten Reichtum und der Unterschied zwischen arm und reich vergrößert sich.

Der in einem Land produzierte Reichtum teilt sich auf zwischen einerseits den an die Arbeitnehmer gezahlten Löhne und andererseits die an das Kapital gezahlte Vergütung. Der Anteil für die Arbeitnehmer wurde reduziert durch die Senkung der Sozialbeiträge, durch das Einfrieren der Löhne und durch einen Indexsprung. Und es ist dieser Teil, der hauptsächlich die soziale Sicherheit und den Staat finanziert. Jede Strategie, die dazu dient, das Gewicht der Gehälter im geschaffenen Wohlstand zu konsolidieren, muss fortgesetzt werden, da diese Strategie die soziale Sicherheit stärkt. Die Erhöhung der Bruttolöhne muss die Basis der Forderungen sein. Dies hat Auswirkungen auf die Lohnverhandlungen: die Erhöhungen müssen der sozialen Sicherheit und dem Staat zugutekommen. Lohnformen ohne Beitragszahlungen sind schädlich, weil sie den Eindruck eines besseren Lebensniveaus hinterlassen, dabei aber die Tatsache verschleiern, dass alle Bestandteile des Sozialschutzes nicht durch die erhaltene Erhöhung gestärkt werden. Schließlich verteidigt die CNE Beschäftigungsformen, die es ermöglichen, die soziale Sicherheit und den Staat zu finanzieren. Das geht darüber hinaus, einen guten Lohn und gute Arbeitsbedingungen zu haben. Zum Beispiel sind Gesetze, die es ermöglichen, 500

Euro in einem „assoziativen Vertrag“ zu verdienen, unbedingt zu vermeiden. Dieses Gesetz ermöglicht den Leuten einen Lohn, ohne aber die kollektiven Funktionen zu bezahlen. Im Moment versucht man, Beschäftigungs- und Lohnformen zu finden ohne Beiträge und Steuern. Wenn solche Systeme verallgemeinert werden, werden alle kollektiven Funktionen des Staates (Schulwesen, Kultur,...) und die soziale Sicherheit verschwinden und durch die Bezahlung privater Dienste ersetzt.

Die CNE möchte ebenfalls, dass alternative Finanzierungsformen der sozialen Sicherheit untersucht werden. Dies erfordert Maßnahmen zur Reduzierung der bestehenden Ungleichheiten in Bezug auf Einkommen und Vermögen. Eine Besteuerung des Großvermögens könnte diese Ungleichheit bekämpfen. Eine seriöse Bekämpfung des Steuerbetrugs würde substantielle Mittel für die Sozialpolitik hervorbringen. Und schließlich können auch andere Akteure beitragen, wie zum Beispiel in der Gesundheitspflege. Im Moment zahlen die Patienten und Arbeitnehmer des Sektors die realisierten Einsparungen (fast 2,6 Milliarden Euro in der Legislaturperiode). Gleichzeitig wurde den Pharmalaboren ein Haushalt von mehr als einer Milliarde innerhalb der gleichen Zeit gewährt. Es ist absolut nicht normal, dass immer die gleichen Akteure zur Kasse gebeten werden. Und schließlich müssen wir auch darauf achten, dass die schon laufende Privatisierung der Gesundheitspflege und der Renten nicht noch größere Ausmaße annimmt.



Petition zur machbaren Arbeit

Vor einem Monat hatte sich eine Delegation der CSC Bau-Industrie & Energie (CSCBIE) zum Kabinett von Arbeitsminister Kris Peeters begeben, um diesem ihre Besorgnis bezüglich der antisozialen Maßnahmen der Regierung mitzuteilen.

Das gesetzliche Rentenalter ist auf 67 Jahre angehoben worden. Im Rahmen des „Jobdeals“ soll das Alter für den Zeitkredit am Laufbahnende von 55 auf 60 Jahre erhöht und die Bedingungen zur Frühpension verschärft werden. „Diese Maßnahmen sind inakzeptabel. Viele Arbeitnehmer werden krank, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Arbeitslast zu tragen“, unterstreicht Patrick Vandenberghe, Präsident der CSCBIE.

Zuvor hatten die Militanten die Initiative ergriffen und zur Unterzeichnung einer Petition gegen diese Maßnahmen aufgerufen. 50.000 Unterschriften sind innerhalb kurzer Zeit gesammelt worden. Wer sich ebenfalls für machbare Arbeit, ein erträgliches Laufbahnende und für den Respekt schwerer Berufe einsetzen möchte, kann die Petition auf www.cscbie.be noch bis Ende Januar unterzeichnen. Diese Petition wird dann dem Minister übergeben.

In der Zwischenzeit haben sich auch die CNE und die ACV-CSC METEA der Initiative angeschlossen.



Eine Regierung, die niemand vermissen wird

Die MR hatte Mitte Januar zum Neujahrsempfang in Lüttich geladen. Empfangen wurden die Parteimitglieder aber auch von den Gewerkschaften, die vor dem Kongresspalast einen Umtrunk organisierten. Sie hoben ihr Glas auf eine Regierung, die niemand vermissen wird.

Als Willkommensgeschenk, oder eher zum Abschied, verteilten die 150 Vertreter von CSC und FGTB Flugblätter, die darauf hinwiesen, dass die Zeit gekommen ist, um endlich eine sozialere Politik zu betreiben. Die beiden Gewerkschaften nutzten die Gelegenheit, um die Sympathisanten der MR dazu aufzufordern, der Realität ins Auge zu sehen. Innerhalb von viereinhalb Jahren einer von der N-VA angeführten Koalition hat sich die soziale Kohäsion ständig verschlechtert und die Ungleichheiten haben sich weiter verschärft.

Die entstandenen Schäden sind enorm. Immer größer wird die Zahl der Bürger, die nicht mehr über die Runden kommen. Viele sehen sich gezwungen, das Integrationseinkommen zu beantragen. Die Flexibilität steigt ins Unermessliche und die Erleichterungen am Laufbahnende werden zusammengestrichen. Bei den Renten herrscht Chaos und die öffentlichen Dienste werden ausgehöhlt.

Es ist fünf nach zwölf. Die Arbeitnehmer mit oder ohne Beschäftigung, die Rentner, die Frauen, Jugendlichen und Kranken können nicht mehr warten. Sie brauchen sofortige Antworten auf ihre Sorgen bezüglich Kaufkraft, Wohlbefinden und Rente. Die katastrophalen Pläne zur Verstärkung der Degression der Arbeitslosenentschädigungen und zur Anhebung des Alters für den Zeitkredit am Laufbahnende und für die Frühpension müssen begraben werden.

Die Aktion in Lüttich ist ohne Zwischenfälle verlaufen bis die Gewerkschaftsvertreter abgezogen sind. Die Ankunft von etwa sechzig Gelbwesten hat die Stimmung so angeheizt, dass die Polizei sich zu einer Festnahme veranlasst sah.